

**Zeitschrift:** Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO  
**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS  
**Band:** 111 (2014)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Bundesrat äussert sich zur Besteuerung der Sozialhilfe  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-839631>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 25.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## NACHRICHTEN

### Mehr Sozialhilfefälle in den Schweizer Städten

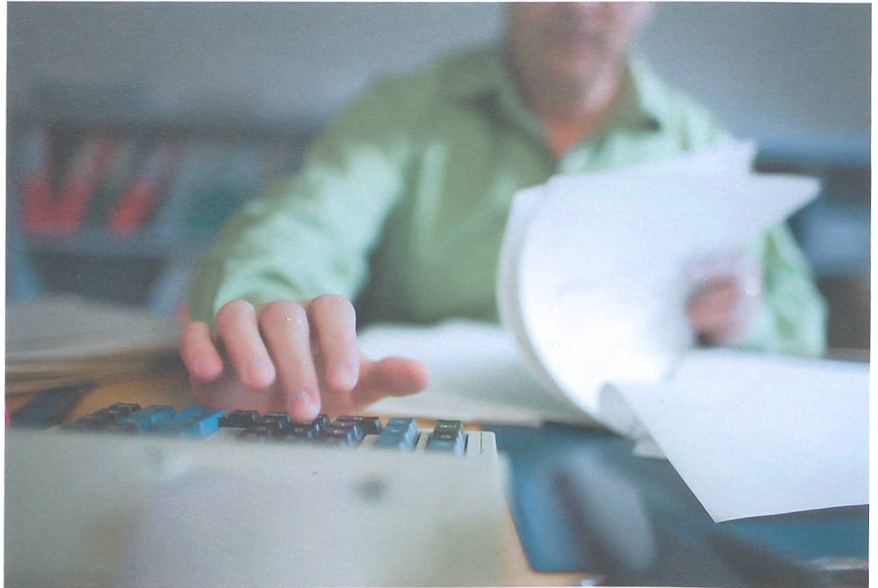
Die Städteinitiative Sozialpolitik hat aktuelle Zahlen zur Sozialhilfe veröffentlicht. Die untersuchten Städte verzeichneten im Jahr 2013 2,5 Prozent mehr Sozialhilfefälle als im Vorjahr. Insbesondere im Langzeitvergleich zeigen sich grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Städten: Seit 2006 haben die Fallzahlen in Biel (rund 20 Prozent) und in Lausanne (rund 30 Prozent) stark zugenommen, während sie in kleineren Städten der Deutschschweiz sowie auch in Zürich und Basel um 10 bis 15 Prozent gesunken sind. Das Sozialhilferisiko ist nach wie vor in der Westschweiz und in den grossen Städten der Deutschschweiz besonders hoch.

### Gesamtrechnung der sozialen Sicherheit

Die Ausgaben für die Leistungen der sozialen Sicherheit in der Schweiz betragen im Jahr 2012 insgesamt 147,4 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 4,1 Prozent. Auch die Gesamteinnahmen haben um 2,8 Prozent zugenommen und beliefen sich im Jahr 2012 auf 188,9 Milliarden Franken, wie die Gesamtrechnung der sozialen Sicherheit des Bundesamts für Statistik zeigt. Auf die Sozialhilfe entfiel mit 2,4 Milliarden Franken ein sehr kleiner Anteil – 1,6 Prozent – der Gesamtausgaben für Sozialleistungen.

### Neue SKOS-Grundlagenpapiere für Rechtsfragen

Die SKOS-Kommission für Rechtsfragen hat zwei neue Grundlagenpapiere erarbeitet. Das «Grundlagenpapier zur Unterstützung von Personen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs» bietet eine Übersicht zu den verschiedenen Status von Asylsuchenden und Flüchtlingen und zeigt die daraus resultierenden Unterstützungsgrundsätze für die Sozialhilfe auf. Es erklärt, wer für die Ausrichtung von Sozialhilfe zuständig ist und wer welche Ansprüche auf Unterstützung hat. Das «Grundlagenpapier zur medizinischen Not-hilfe bei Touristinnen und Touristen» erläutert die Rechtsgrundlagen zur Finanzierung von medizinischen Notfällen von Touristinnen und Touristen durch Sozialhilfeorgane und gibt Empfehlungen zum Umgang mit Kostengutsprachege-suchen ab.



Die Steuerbefreiung des Existenzminimums könnte Schwelleneffekte vermeiden. Bild: Keystone

## Bundesrat äussert sich zur Besteuerung der Sozialhilfe

Der Bundesrat hat im Mai einen Bericht verabschiedet, der aufzeigt, dass sowohl die alleinige Steuerbefreiung des Existenzminimums als auch die Besteuerung der Sozialhilfeleistungen in Kombination mit der Steuerbefreiung des Existenzminimums Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize verhindern könnten. Der Bericht basiert auf einer wissenschaftlichen Analyse, die die eidgenössische Steuerverwaltung der SKOS in Auftrag gegeben hatte. Der Bundesrat kommt zu der Schlussfolge-

rung, dass es aufgrund steuersystematischer Überlegungen richtig wäre, Unterstützungsleistungen zu besteuern. Aus Sicht der Sozialhilfe und in ihrer Position als Fachverband zieht die SKOS einen anderen Schluss: Die Besteuerung der Sozialhilfeleistungen würde ins Existenzminimum eingreifen, die Steuergerechtigkeit verletzen und für den Staat ein Nullsummenspiel darstellen. Die SKOS befürwortet daher die Variante der alleinigen Steuerbefreiung des sozialen Existenzminimums. ■

## Zum Abschied von Anneliese Zingg-Züllig

Anneliese Zingg-Züllig, Geschäftsleitungsmitglied der SKOS von 1996 bis 2004, ist am 17. Juli gestorben. Wenige Wochen zuvor war sie anlässlich der Verabschiedung von Walter Schmid als SKOS-Präsident noch mit uns zusammen. Es war ein strahlendes und freundschaftliches Wiedersehen – wir wussten um Annelieses Erkrankung. Sie lebte in den letzten Jahren zwischen Hoffen und Bangen. Es schien, als vermöchten ihre Lebensfreude, ihre Zuversicht und ihr Lachen jede Krankheit zu besiegen.

Als Geschäftsleitungsmitglied war Anneliese Zingg-Züllig zuständig für das Ressort Finanzen. Ihre reichen Erfahrungen als Verantwortliche eines innovativ geführten

städtischen Sozialdienstes in einem bürgerlich geprägten Umfeld und ihre Dialogfähigkeit waren für unsere Verbandsarbeit besonders wertvoll. Zuversicht, Sachverstand, Verantwortung und Lebensnähe prägten ihr Wirken. Anneliese verstand es, mit eigenständigen Positionen und klaren Haltungen der Sozialhilfe Profil zu geben. Ihre Achtsamkeit und Nähe zu den Menschen mit ihren Stärken und Schwächen gaben ihrem Engagement in der Sozialhilfe besondere Glaubwürdigkeit und Verbindlichkeit. Ihre Herzlichkeit und ihr Humor trugen ganz wesentlich zu einer guten und kollegialen Zusammenarbeit bei. ■

Walter Schmid, Andrea Mauro Ferroni